»Die Aufregung ist heuchlerisch«

Wolfgang Schäuble fordert den Bundeswehreinsatz im Inneren und nennt Doping eine Seuche

VON ANDREAS RICHTER

Im Kampf gegen Doping will Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) das Bundeskriminalamt verstärkt einsetzen. Im Interview mit der MITTELBADISCHEN PRESSE plädierte er in Offenburg ebenso für die Einrichtung von Schwerpunktstaatanwaltschaften in den Ländern.

■ ***In jüngster Zeit hat man vom Bundesinnenminister fast nur gehört, wenn es um die Themen Migration, Killerspiele und Anti-Terror-Kampf ging, was alles keine urdeutschen Themen sind. Sind das denn die drängendsten Fragen?***

SCHÄUBLE: Es ist natürlich unbetritten: Killerspiele verstärken bei manchen Jugendlichen die Neigung zur Gewalttätigkeit. Deswegen haben die Innenminister ein Interesse daran, dass Killerspiele wirkungsvoll bekämpft werden. Verboten sind sie ohnedies, doch das Problem ist das Internet. Das kennzeichnet heute ein generelles Problem: Viele Dinge kann man gar nicht mehr durch nationale Gesetzgebung regeln.

■ ***Aber auch durch europäische Gesetze nicht...***

SCHÄUBLE: Europäische Regeln können aber mehr bewirken. Deswegen ist ja heute ein Großteil dessen, was man als Innenminister macht, nur in europäischer und internationaler Zusammenarbeit zu bewältigen.

■ ***Das ist auch bei der Zuwanderung so.***

SCHÄUBLE: Wir müssen Migration steuern. Wir müssen dran arbeiten, dass Integration besser gelingt. Der Prozess wird sich in Zeiten der Globalisierung fortsetzen. Aber die Zuwanderung ist ja für Deutschland nicht neu. Wir haben das nach dem Zweiten Weltkrieg schon in einer Größenordnung erlebt, die anderen Ländern fremd ist. Wir müssen mit den Menschen, die zu uns kommen, gut zusammenleben. Das ist eine schwierige Herausforderung. Damit das Zusammenleben gelingt, muss man Zuwanderung steuern.

■ ***Beim Anti-Terror-Kampf haben Sie sich verschiedentlich mit dem Vorwurf konfrontiert gesehen, das laufe den Grundrechten zuwider. Was ist da dran?***

SCHÄUBLE: Bei jeder Maßnahme ist man im Spannungsfeld. Ich sage immer: Es gibt keinen Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit, aber es gibt ein Spannungsfeld. Wenn Sie den Sicherheitsbehörden unter bestimmten Voraussetzungen den Zugriff auf Telekommunikationsdaten geben, da brauchen Sie richterliche Entscheidungen und klare gesetzliche Voraussetzungen. Das muss man natürlich machen. Nehmen Sie unsere britischen Kollegen, die letztes Jahr die Anschlagsvorbereitungen auf den Flugverkehr mit vielleicht tausenden Toten vereitelten. Vor diesem Hintergrund musste man die Fluggastkontrollen intensivieren. Das passiert nicht aus Jux und Tollerei, sondern man macht es in sorgfältiger Abwägung und in dem Bewusstsein dieses Spannungsbogens. Wir müssen unter der Bedingung der Freiheit das Menschenmögliche an Sicherheit für die Menschen gewährleisten.

■ ***Beim Bundeswehreinsatz im Inneren haben Sie außerhalb Ihrer eigenen Fraktion nicht sehr viel Zustimmung erhalten. Halten Sie weiter an Ihrem Vorschlag fest?***

SCHÄUBLE: Die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist obsolet geworden. Sie entspricht nicht mehr der Wirklichkeit im 21. Jahrhundert. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen. Nehmen Sie die Arbeit der Bundeswehr im Balkan: Das ähnelt mehr Polizei- als Militäreinsätzen. Ebenso ist unstreitig, dass die Bundeswehr im Wege der Amtshilfe heute im Inneren hilft. Vor der Fußball-WM hatte ich gesagt, ich hätte gern, dass die Bundeswehr zum Objektschutz herangezogen werden kann. Dazu braucht man aber eine Änderung des Grundgesetzes.

■ ***Die ist derzeit aber nicht zu sehen.***

SCHÄUBLE: Es gibt derzeit keine verfassungsändernde Mehrheit, das weiß ich. Das muss ich akzeptieren. Dennoch sage ich gelegentlich: Richtiger wäre es. Aber bei all dem haben wir ja ein Spezialproblem. Es ist nämlich ein Erbe der rot-grünen Vorgängerregierung, die gesagt hat, wir brauchen eine Gesetzgebung, um notfalls schwere Gefahren aus der Luft abwehren zu können.

■ ***Wir sprechen jetzt vom gezielten Abschuss von Zivilmaschinen zur Terrorabwehr.***

SCHÄUBLE: Das Luftsicherheitsgesetz von Rot-Grün sah ja vor, dass notfalls militärische Mittel zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden können. Ich hatte damals als Vertreter der Opposition gesagt, dass wir den Schutzzweck des Gesetzes begrüßen. Ich habe aber auch gesagt, dass unser Grundgesetz dafür keine hinreichende Grundlage bietet, wir also das Grundgesetz hätten ändern müssen. Das hat sich durch das spätere Urteil des Bundesverfassungsgerichts bewahrheitet. Heute glauben viele, dass man solche Fälle nicht regeln müsse. Dennoch haben wir in der Koalition verabredet, dass wir eine Verfassungsänderung anstreben wollen. Das will die SPD nun nicht mehr wahrhaben. In Übereinstimmung mit dem Justizministerium haben wir auch einen Vorschlag erarbeitet – darüber wird nun gestritten. Das ist nicht meine Sache: Die Koalition muss wissen, ob sie eine Koalitionsvereinbarung erfüllen will oder nicht. Aber das Argument, so etwas müsse man nicht regeln, das kann von Rot-Grün nicht mehr gebraucht werden. Einmal haben die versucht, es zu regeln, nun wird gesagt, wir regeln es nicht.

■ ***Rot-Grün sitzt jetzt leider nicht mit am Tisch. Sie bleiben aber bei Ihrem Vorschlag?***

SCHÄUBLE: Die Koalitionsvereinbarung ist eindeutig. Das lässt sich nicht bestreiten. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass das rot-grüne Luftsicherheitsgesetz diesen Fall regeln wollte, aber vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist. Da brauchen wir Rot-Grün nicht am Tisch, das kann man auch so überprüfen. Darum ist die Aufregung ein bisschen heuchlerisch.

■ ***Lassen Sie uns kurz über Doping reden. Die derzeit laufende Handball-WM scheint ja nicht so anfällig dafür zu sein. Blicken wir aber auf den Sommer, wenn die Deutschland-Tour auch durch Offenburg fährt. Was kann der Bundesinnenminister tun, damit es da fair zugeht?***

SCHÄUBLE: Staat und Sport arbeiten dabei ja eng zusammen. Ich habe mich erst kürzlich mit dem Radsportpräsidenten unterhalten, das ist ja der ehemalige Kollege Scharping. Das Kontrollniveau ist in Deutschland höher als in anderen Ländern. Trotzdem ist Doping eine Seuche. Ich bin ja zeitmeines Lebens ein großer Sportfan gewesen und bin's auch heute noch – ich fiebere mit der deutschen Handballmannschaft. Es ist schlimm, wenn man die Leistungen von Spitzensportlern immer öfter in Frage ziehen muss. Entweder haben die Sportler, die sauber sind, nicht mehr angemessene Wettbewerbschancen, oder man muss befürchten, dass Höchstleistungen nicht sauber sind. Das eine ist so schlecht wie das andere. Deswegen müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen Doping vorgehen. Aber wir dürfen den Sport nicht aus der Verantwortung entlassen. Der Staat darf ja das Prinzip nicht aufgeben, dass man lieber einen Schuldigen nicht bestraft, als drei Unschuldige zu bestrafen. Dennoch ist klar: Doping ist eine hochkriminelle Angelegenheit. Daher möchte ich das Bundeskriminalamt verstärkt einsetzen, ich werbe dafür, dass die Länder Schwerpunktstaatsanwaltschaften einsetzen.

■ ***Die Bundestagsfraktionen von SPD und Union haben jetzt ja einen Gesetzgebungsvorschlag eingebracht, wonach der Besitz größerer Mengen Dopingmittel unter Strafe gestellt werden soll. Tragen Sie das mit?***

SCHÄUBLE: Ja klar. Wir sind gerade in der Abstimmung mit dem Gesundheits- und dem Justizministerium. Aber eine große inhaltliche Übereinstimmung zwischen den Fraktionen ist da. Man muss aber auch sehen: Der Staat kann vieles nicht mit der Effizienz erreichen, wie es der Sport selber kann – zumal das alles natürlich auch international durchgesetzt werden muss. Jan Ulrich beispielsweise bekommt seine Lizenz vom Schweizer Radsportverband.

■ ***Wie stehen Sie eigentlich zu den Plänen zum Ausbau der Rheintalbahn?***

SCHÄUBLE: Den Ausbau brauchen wir dringend. Und wir brauchen ihn im Interesse unserer Region schnell. Es ist ein Riesenproblem, wie man es in Offenburg machen soll. Wenn man aber Mitglied einer Regierung ist, hat man sich mit öffentlichen Äußerungen an seine Ressortzuständigkeiten zu halten. Deswegen kann ich mich nicht in die Reihe derjenigen einreihen – die alle meine volle Sympathie haben –, die das kommentieren. Ich kann nur in stillem Einwirken auf die Verantwortlichen im Bundesverkehrsministerium versuchen, etwas zu erreichen. Ich beobachte das Ganze sehr genau und schaue, was ich tun kann.

■ ***Ich entnehme Ihren Worten, dass Sie sich den Minister Tiefensee schon mal zur Seite nehmen...***

SCHÄUBLE: Aber natürlich.